

Das Paralleluniversum des Bundewirtschaftsministeriums

Von Friederike Spiecker | 04.09.2013

Der [Monatsbericht für den Juli 2013 des Bundeswirtschaftsministeriums](#) beschäftigt sich in dem Beitrag "Wirtschaftspolitisch relevante Bewegungen in der deutschen Leistungsbilanz im Jahr 2012" mit dem auf über 185 Mrd. Euro angestiegenen Leistungsbilanzüberschuss, den Deutschland im vergangenen Jahr erzielt hat. Im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt ist der Saldo gegenüber 2011 von 6,2 Prozent auf 7,0 Prozent gestiegen und damit in eine Größenordnung gelangt, die das Verfahren bei makroökonomischen Ungleichgewichten ([Macroeconomic Imbalances Procedure, MIP](#)) in Gang setzt.

Der Beitrag liest sich wie eine Verteidigungsschrift für die Folgen deutscher Wirtschaftspolitik, die Überschüsse als gerechtfertigt einstuft, "wenn sie ... das Ergebnis hoher Leistungsfähigkeit von Unternehmen in wettbewerblichen Märkten sind" (S. 12 ebendort). Das verwundert nicht angesichts der rein merkantilistischen Ausrichtung dieser Politik. Schon die Betitelung des letzten Absatzes des Beitrags mit "Der deutsche Leistungsbilanzsaldo ist ein Marktergebnis" spricht Bände: Wenn etwas "Marktergebnis" ist, so die Botschaft, dann ist es per se richtig, nicht zu hinterfragen und schon gar nicht zu ändern. (Ganz abgesehen davon, dass die Hauptursache der Überschüsse, das deutsche Lohn-dumping, alles andere als ein reines Marktergebnis ist, sondern im Wesentlichen durch die politisch verordnete Agenda 2010 erzwungen wurde, wie wir in vielen Beiträgen gezeigt haben.)

Auch finden die verkaufsfördernden Drittmarkteffekte keine Erwähnung, die sich aus der wechselkursbedingten Unterbewertung deutscher Produkte auf den internationalen Märkten ergeben. Es wird zwar auf die Verlagerung der deutschen Handelsüberschüsse weg von Europa hin zu den Schwellenländern hingewiesen. Doch dass hier ein Zusammenhang mit dem Außenwert des Euro besteht, der dank der Außenhandelsdefizite anderer Euroländer für deutsche Wettbewerbsverhältnisse zu gering ist, wird dem Leser vorenthalten. Viel besser ins Bild einer unschlagbar wettbewerbsfähigen deutschen Exportwirtschaft passt da die Begründung, dass "der auf technisch hochwertige Industriegüter ausgerichtete Produktmix der deutschen Exporteure, deren Qualitätsimage sowie deren Präsenz auf den wachstumsstarken Märkten der Schwellenländer verantwortlich" für die weiterhin hohen deutschen Exportüberschüsse sind.

So weit, so schlecht, wenn auch wie gesagt keineswegs überraschend. Was aber doch staunen lässt

und tatsächlich, wie die Überschrift der Monatsberichte des Bundeswirtschaftsministeriums ("Schlaglichter der Wirtschaftspolitik") verspricht, ein bedeutendes Schlaglicht auf die deutsche Wirtschaftspolitik wirft, sind die folgenden Sätze auf Seite 11 des Berichts: "Der Leistungsbilanzsaldo hat sich in Deutschland innerhalb weniger Jahre von einem Defizit in einen Überschuss verwandelt. Noch in den Jahren 1995 bis 2000 wies die Leistungsbilanz in Deutschland beispielsweise im Durchschnitt ein Defizit in Höhe von 3,3 Prozent in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt auf. Im Jahr 1998 betrug das Defizit sogar 4,6 Prozent." Wer sich auch nur ab und zu mit der Außenhandelsproblematik Deutschlands in den letzten Jahren befasst hat, weiß auf Anhieb, dass hier grober Unfug steht – wie auch immer er zustande gekommen sein mag. Tatsächlich bewegte sich, zieht man die Statistiken der Deutschen Bundesbank oder des Statistischen Bundesamtes oder der EU-Kommission zu Rate, das Leistungsbilanzdefizit Deutschlands in den Jahren 1995 bis 2000 jährlich in einer Größenordnung von durchschnittlich 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, also bei weniger als einem Drittel dessen, was das Bundeswirtschaftsministerium in seinem aktuellen Bericht angibt. Im Jahr 1998 lag der Wert bei -0,8 Prozent, also bei nicht einmal einem Fünftel dessen, was in dem besagten Text behauptet wird.

Man fragt sich, wer da im Ministerium sitzt und solche Texte schreibt, und mehr noch, wer diese Texte (gegen-)liest. Wenn es jemals in der Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland ein Defizit in der Leistungsbilanz von über 4 Prozent gegeben hätte, hätte das zu einem Aufschrei im deutschen Blätterwald geführt, den auch nach 15 Jahren niemand hierzulande vergessen hätte, ganz egal, wie viele Milliarden Überschüsse wir seitdem angehäuft haben. Will sagen: Auch ohne profunde Kenntnisse der deutschen Außenhandelsstatistik muss einem diese Passage im aktuellen Monatsbericht des Wirtschaftsministeriums in die Augen springen. Umso mehr hätte sie einem Kenner der Materie aus den Reihen dieses Ministeriums auffallen müssen.

Und daran schließt sich unweigerlich die Frage an, wie sorgfältig in diesem Ministerium überhaupt gearbeitet wird. Dass dort nicht unbedingt Beamte sitzen, die sich bei der empirischen Arbeit eine eigenständige Meinung bilden dürfen oder gar sollen und diese dann auch noch intern tapfer gegen den Mainstream vertreten, glaubt man sofort. Aber dass in einer Situation, in der auf die Schlampereien in den Ministerien anderer Länder z.B. im südeuropäischen Raum mit Häme hingewiesen wird, ja von manch einem bewusste Zahlenmanipulation unterstellt wird und strenge Kontrollen von Behörden durch die Troika an der Tagesordnung sind, von denen die Auszahlung von Hilfskrediten abhängig gemacht werden, dass in einer solchen Situation so etwas passiert, ist mehr als peinlich. Noch dazu in einem Bericht kurz vor der Bundestagswahl, der der Rechtfertigung einer Politik dienen soll, die international immer stärker in die Kritik gerät.

Die Blindheit und Taubheit gegenüber jeglicher kritischen wirtschaftspolitischen Analyse, die in dieser Regierungsbehörde herrschen muss, so dass ihre Mitarbeiter das eigene Metier und seine heiklen, weil umstrittenen Stellen so wenig kennen und/oder so wenig sorgfältig betreuen, lässt nichts Gutes ahnen für die Konzepte, die in diesem Hause entworfen werden. Oder schlimmer noch, dieser faux pas legt die Vermutung nahe, dass es dort überhaupt keine Konzepte für das wirtschaftspolitische Handeln Deutschlands gibt, schon gar keine, wie die Eurokrise beendet werden könnte. Denn, so vermutlich die Logik des Ministeriums, wenn es Deutschland von einem angeblichen Minus über 4 Prozent 1998 binnen weniger Jahre zu einem kleinen Plus Anfang der 2000er Jahre und schließlich zu einem satten Plus von 7 Prozent in der Leistungsbilanz gebracht hat, warum sollte das dann anderen

Ländern nicht auch möglich sein, wenn sie sich nur genügend anstrengen?

Hat man es sich erst einmal auf dem ideologischen Standpunkt gemütlich gemacht, dass sich nur alle Defizitländer bewegen müssen, um die wirtschaftliche Katastrophe in Europa abzuwenden, ist jeder "Beleg" zur Rechtfertigung der Passivhaltung der Überschussländer willkommen. Ob er auch nur annähernd mit der Realität in Einklang steht, muss dann gar nicht mehr geprüft werden.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 04.09.2013

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/09/das-paralleluniversum-des-bundeswirtschaftsministeriums/>